

ÖSTERREICH

Nach einem dynamischen ersten Halbjahr 2011 verlangsamte sich das Wachstum im zweiten Halbjahr 2011 deutlich, und es dürfte sich auch im ersten Halbjahr 2012 weiter abschwächen. Die Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds und die erhöhte Unsicherheit haben die Exporte und die Investitionen belastet, wohingegen der Konsum gestützt durch einen soliden Arbeitsmarkt und eine sinkende Inflation weiter mäßig steigen dürfte. Die Wirtschaft wird den Projektionen zufolge bis Ende 2012 zu ihrem Trendwachstum zurückkehren und 2013 dann im Gefolge einer erneut kräftigen, von den Exporten und Investitionen getragenen Erholung leicht über der Trendrate wachsen.

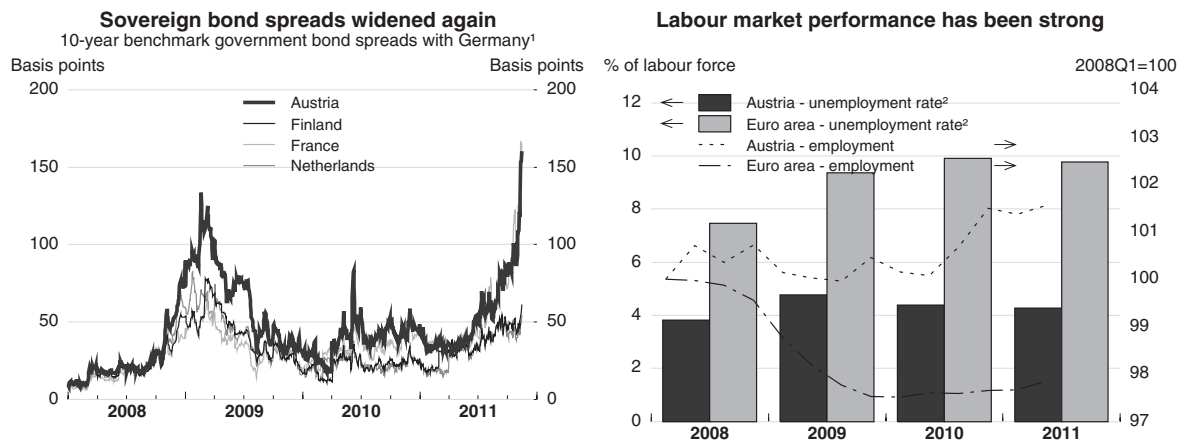
Die von den Exporten und den Investitionen getragene Erholung kommt zum Stillstand

Das kräftige Wachstum im ersten Halbjahr wurde von den Exporten, den Investitionen und dem Wiederaufbau der Lagerbestände getragen. Die allgemeine Verlangsamung des weltweiten Wachstums und insbesondere die Intensivierung der europäischen Schuldenkrise seit Jahresmitte haben die Auslandsnachfrage seitens der wichtigsten Handelspartner Österreichs verringert. Zudem haben die erhöhte Unsicherheit und der mit der Schuldenkrise einhergehende Vertrauensverlust das binnenwirtschaftliche Investitionswachstum gedämpft, da die Unternehmen Investitionsentscheidungen hinausschieben. Dies hat zu einem deutlichen Rückgang des Produktionswachstums im zweiten Halbjahr 2011 geführt, und dieser Rückgang wird bis in das Jahr 2012 hinein anhalten. Im Zuge einer Verringerung der Unsicherheit und Rückkehr des Vertrauens wird sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr 2012 und bis in das Jahr 2013 hinein beleben, wenn die Exporte wie auch Investitionen erneut anzuziehen beginnen.

Der Arbeitsmarkt schwächt sich etwas ab, und die Inflation dürfte nachlassen

Der Arbeitsmarkt verzeichnet seit der Finanzkrise außergewöhnlich gute Ergebnisse, und die Arbeitslosenquote war die niedrigste in der Europäischen Union. Da viele Maßnahmen zur Krisenbewältigung, wie beispielsweise die Kurzarbeit, noch immer in Kraft sind, wird die Konjunkturab-

Austria



1. As of 17th November 2011.

2. First half for 2011.

Source: Datasream; OECD Economic Outlook 90 database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932540923>

Austria: Demand, output and prices

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Current prices € billion	Percentage changes, volume (2005 prices)				
GDP at market prices	282.4	-3.7	2.4	3.2	0.6	1.8
Private consumption	148.6	1.0	1.2	1.2	0.9	1.2
Government consumption	51.9	0.7	-0.1	1.3	0.7	0.6
Gross fixed capital formation	60.5	-7.3	-0.3	3.6	1.2	2.2
Final domestic demand	261.1	-1.0	0.6	1.7	0.9	1.3
Stockbuilding ¹	3.6	-0.6	0.4	0.1	-0.3	0.0
Total domestic demand	264.7	-2.9	1.8	3.1	0.5	1.3
Exports of goods and services	167.0	-13.7	8.3	7.0	3.1	6.1
Imports of goods and services	149.3	-12.5	7.4	7.0	3.1	5.5
Net exports ¹	17.7	-1.5	0.8	0.3	0.1	0.6
<i>Memorandum items</i>						
GDP without working day adjustments	283.0	-3.8	2.3	3.2	0.6	1.8
GDP deflator	–	0.9	1.7	1.8	1.8	1.7
Harmonised index of consumer prices	–	0.4	1.7	3.5	1.9	1.7
Private consumption deflator	–	0.6	2.1	2.8	1.9	1.7
Unemployment rate ²	–	4.8	4.4	4.2	4.4	4.4
Household saving ratio ³	–	10.7	8.3	7.7	7.7	7.6
General government financial balance ⁴	–	-4.1	-4.4	-3.4	-3.2	-3.1
General government gross debt ⁴	–	74.4	78.2	79.9	81.9	83.2
General government debt, Maastricht definition ⁴	–	69.6	71.9	73.6	75.6	76.9
Current account balance ⁴	–	2.7	3.0	3.0	3.4	3.8

Note: National accounts are based on official chain-linked data. This introduces a discrepancy in the identity between real demand components and GDP. For further details see *OECD Economic Outlook Sources and Methods* (<http://www.oecd.org/eco/sources-and-methods>).

1. Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.

2. Based on Labour Force Survey data.

3. As a percentage of disposable income.

4. As a percentage of GDP.

Source: OECD Economic Outlook 90 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932542424>

schwächung den Projektionen zufolge nur einen begrenzten Effekt auf die Arbeitslosigkeit haben. Auf Grund der globalen Hausse bei den Nahrungsmittel- und Energiepreisen sowie der Verbrauchsteueranhebung ist die Inflation drastisch gestiegen und wird in diesem Jahr voraussichtlich über 3% betragen. Die höhere Inflation hat das Realeinkommen der privaten Haushalte und das Konsumwachstum geschmälert. Da sich der Anstieg der Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise abschwächt und der Kapazitätsüberhang zustimmt, wird ein Inflationsrückgang projiziert. Dieser dürfte im Verein mit einem soliden Arbeitsmarkt in der kommenden Zeit für einen anhaltend moderaten Konsum sorgen.

Die Konsolidierung sollte fortgesetzt werden

Die Zinsspreads auf österreichische Staatsanleihen sind in den letzten Monaten deutlich über das in der Krise von 2008 verzeichnete Niveau hinaus gestiegen. Daher sollte an den geplanten Anstrengungen zum Abbau des strukturellen Defizits festgehalten und jegliche Zielverfehlung vermieden werden, damit das Vertrauen der Märkte sichergestellt wird. Die Bundesregierung hat jüngst Pläne für die Einführung einer Schuldenbremse

bekanntgegeben, die ab 2017 für die Zentralregierung ein strukturelles Defizit von 0,35% des BIP und für die nachgeordneten Verwaltungsebenen einen ausgeglichenen Haushalt vorsehen. Eine rasche Umsetzung dieser Reform dürfte das Vertrauen in die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen stärken.

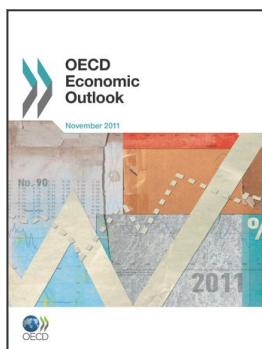
Bei den Prognoserisiken scheinen die negativen Faktoren zu überwiegen, und auch außerhalb des Euroraums gibt es spezifische Risiken

Die Abwärtsrisiken hängen in erster Linie mit einer weiteren Verschlechterung der Staatsschuldenkrise im Euroraum und insbesondere der Situation in Italien zusammen, zu dem Österreich wichtige Handels- und Finanzbeziehungen unterhält. Eine besondere Gefahr für die Projektionen stellt auch das starke Engagement österreichischer Banken in Ländern außerhalb des Euroraums in Zentralost- und Südosteuropa dar. Sollten sich die wirtschaftlichen Aussichten für diese Länder signifikant verschlechtern, könnte das österreichische Bankensystem hierdurch zusätzlich unter Druck geraten, was über den Kreditkanal dann auch Folgen für die Realwirtschaft hätte. Daher sollte die Regierung untersuchen, wie die zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen für die österreichischen Banken im Einklang mit der neuen Bestimmung der Finanzmarktaufsicht hinsichtlich des ausländischen Kreditgeschäfts ohne eine Beeinträchtigung ihrer Kreditvergabe Kapazität erfüllt werden können.

Politikorientierungen, falls Abwärtsrisiken eintreten

Die OECD hat im Rahmen ihrer Strategischen Antwort mehrere besonders wichtige makroökonomische Politikmaßnahmen sowie eine Reihe von Strukturreformen identifiziert, deren Umsetzung zwar in jedem Fall wünschenswert ist, zur Steigerung des Wachstums aber unerlässlich wäre, falls solche Abwärtsrisiken eintreten sollten.

- Zur Stärkung des Vertrauens in die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sollte die vorgeschlagene Schuldenbremse rasch umgesetzt werden. In diesem Fall kann das teilweise Wirken der automatischen Stabilisatoren zur Abfederung des Konjunkturabschwungs zugelassen werden.
- Für die Geringqualifizierten, die in einem Wirtschaftsabschwung ganz besonders anfällig sind, sollten Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge oder der effektiven Grenzsteuersätze in Erwägung gezogen werden.
- Zur Ankurbelung des Wachstums sollten rasch weitere Produktmarkt-reformen umgesetzt werden, um den Marktzutritt und den Wettbewerb in Netzindustrien und bei freiberuflichen Dienstleistungen zu erleichtern.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2011 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2011-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2011), "Österreich", in *OECD Economic Outlook, Volume 2011 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2011-2-12-de

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.